

Schriesheim, 6. 7.2011

Herrn Dr. Karl A. Lamers MdB

Sehr geehrter Herr Dr. Lamers,

vor fast zwei Monaten hatte ich mich an Sie gewandt, weil ich mir von Ihnen Hilfe erhofft habe in Hinblick auf die im Jahre 2004 vollzogene Gesetzgebung, dem sog. Gesundheitsmodernisierungsgesetz, bei dem u. a. Besitzer einer Direktversicherung nachträglich und unter Umgehung jeglichen Vertrauens-, Bestands- oder Vertragsschutzes Altverträge mit Sozialabgaben belegt wurden. In Deutschland ein absolutes Novum in der demokratischen Rechtsprechung!!!

Sie hatten mir freundlicherweise schnell auf mein Schreiben geantwortet, dass Sie diesen Sachverhalt mit dem neu inthronisierten Gesundheitsminister besprechen wollten. Da meine Bemühungen um eine Änderung der Rechtslage herbeizuführen nun schon seit fast vier Jahren andauern, werden Sie meine Ungeduld verstehen, wenn ich nun erneut bei Ihnen anfrage, wie die Sache steht.

Gerade weil es sich hier um einen Minister der FDP handelt, möchte ich aus einem Antrag gerade dieser Partei zum obigen Gesetz zitieren, der im Februar 2004 - also unmittelbar nach dessen Verabschiedung - von der gesamten Partei beim deutschen Bundestag eingereicht wurde (Drucksache 15/2472):

Der Bundestag wolle beschließen:

Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen.

Unterschieden war der damalige Antrag von 32 Abgeordneten und der Fraktion der FDP, u.a. von so honorigen Menschen wie Frau Leutheuser-Schnarrenberger, Herrn Brüderle, Herrn Niebel, Herrn Dr. Solms oder Herrn Dr. Gerhard.

Nun waren die Herrschaften damals leider nicht in der Regierungsverantwortung (und konnten somit das obige Gesetz auch nicht mitbeschließen). Das hat sich jedoch inzwischen verändert, heute gehören die meisten Unterzeichner dieses Antrages zur Regierung, jetzt können sie sehr wohl handeln!

An den damaligen Fehlern und elementaren Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen hat sich bis heute nichts geändert. So lautete es doch damals in der Begründung:

.....die... erfolgte Mehrbelastung der Rentnerinnen und Rentner begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Sie verstößt gegen das elementare Recht auf Vertrauensschutz. Diese Regelung schadet der Glaubwürdigkeit einer verlässlichen Politik und schafft eine Atmosphäre des Misstrauens.....

In dieser Begründung des Antrages der FDP sind sämtliche Argumente enthalten, warum dieser Teil des Gesetzes mehr und mehr Menschen auf die Palme bringt, und ich hoffe, dass es noch viel mehr werden. Dieser einmalige Vorgang, im demokratischen Deutschland Bürger von Staats wegen zu enteignen, wird noch mehr in den Focus der öffentlichen Meinung gerückt werden. Ich mit meiner Person und zahlreiche weitere Betroffene werden alles dafür tun, dieses himmelschreiende Unrecht anzuprangern, wo immer es auch möglich ist.

Bitte erinnern Sie Ihren Kollegen von der FDP daran, dass auch an ihrer Politik die Qualität der hinter ihr stehenden Personen gemessen werden wird!

Ich habe mich wiederum an Sie gewendet, weil Sie hier im Wahlkreis die Interessen Ihrer Bürger vertreten. Ich hoffe dass ich damit richtig liege.

Mit freundlichen Grüßen

